13

EU-POLITIK

MEHR TRANSPARENZ AUF NATIONALER EBENE FÜR EUROPAPOLITISCHE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

WOU STI MIR HAUT ?

EntscheidungsprozesseJedem ist bewusst, wie wichtig die EU-Politik ist und wie maßgeblich sie das Leben und die Wirtschaft prägt. Trotzdem wird in Luxemburg noch recht wenig darüber diskutiert, welche Meinung Luxemburg auf EU-Ebene vertritt. Auch das Abstimmungsverhalten der EU-Abgeordneten und die Sichtweise ihrer Parteien zu wichtigen europapolitischen Themen sind nur recht selten ein Thema.

Nur in seltenen Fällen findet im Vorfeld einer Entscheidung auf europäischer Ebene eine Diskussion in der Abgeordnetenkammer sowie der Öffentlichkeit statt.

Wer die Akzeptanz für europäische Weichenstellungen, aber vor allem auch das Vertrauen in demokratische Prozesse auf dieser Ebene fördern will, der muss sicherstellen, dass der EU-Politik in Luxemburg ein gänzlich neuer Stellenwert zuerkannt wird.

Wichtige Vorbemerkung: Im Folgenden werden keine inhaltlichen Vorschläge in den einzelnen Themenbereichen für die Europawahlen unterbreitet. Dies erfolgt im Rahmen der EU-Wahlen. Es seien lediglich einige aus Sicht des Mouvement Ecologique relevante Prinzipien für die EU-Arbeit dargelegt.

01

ROLLE DER ABGEORDNETENKAMMER IN WICHTIGEN EUROPAPOLITISCHEN BEREICHEN AUFWERTEN

In den allerwenigsten Fällen werden die Stellungnahmen der Ressortministerien in wichtigen europäischen Entscheidungsprozessen im Vorfeld in der Abgeordnetenkammer, geschweige denn mit interessierten Kreisen oder aber der Öffentlichkeit, diskutiert.

Dies obwohl ein politischer Konsens über die mögliche Tragweite solcher Entscheidungen auf allen Ebenen – finanziell, für die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik – besteht.

Dabei müsste gerade bei relevanten EU-Entscheidungen- die besonders prägend auch für die Zukunft sind- die **Regierung aufgrund eines formalen Mandates der Abgeordnetenkammer** handeln.

Über eine **objektive Kriterienliste** muss geregelt werden, welche Entscheidungsprozesse auf Luxemburger Ebene im Vorfeld einer Debatte auf EU-Ebene zu respektieren sind (Klärung u.a. der Frage, wann die Abgeordnetenkammer eingebunden werden muss.). Nur so kann auch die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Bürger:innen in die EU gewahrt bleiben.

Übrigens müsste auch die **Arbeit der EU-Abgeordneten in EU-Fragen enger mit der Arbeit der Abgeordnetenkammer** verbunden werden.

02

VERSTÄRKTGE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE HALTUNG DER LUXEMBURGER VERTRETER:INNEN / MINISTERIEN (IM VORFELD) DER DEBATTEN AUF EU-EBENE GEWÄHRLEISTEN

Die beabsichtigte Haltung der Regierung im Vorfeld einer Entscheidung muss weitaus offensiver in die **Öffentlichkeit getragen** werden.

Dazu müssen- ebenfalls auf der Ebene des „service médias" der Regierung- **neue Strategien** entwickelt werden.

Stellungnahmen Luxemburgs zu EU-Richtlinien, die Entwürfe der Richtlinien an sich u.a.m. müssten – je nach Bedeutung – im Vorfeld interessierten Akteuren zugestellt werden.

Die Stellungnahmen / das Abstimmungsverhalten von Luxemburger Vertretern:innen in EU-Gremien muss ebenso – wenn irgend möglich – frühestmöglich auf einer speziellen Internetseite der Regierung und auf den spezifischen Internetseiten der verschiedenen Ministerien sowie in Pressemitteilungen dargelegt werden.

Auch die EU-Politik muss dem „freien Zugang zu Informationen" und dem Prinzip einer proaktiven Politik unterliegen.

03

INTERNETPRÄSENZ ZU EU-THEMEN AUSBAUEN

Die Internetseiten der Luxemburger Regierung bzw. der Abgeordnetenkammer sollten zudem eine spezifische Rubrik aufweisen, die folgende Informationen beinhaltet:

* **Links / Informationen zu allen EU-relevanten Dossiers** (sowohl Kommission wie Parlament);
* den **Stand der Diskussionen** von in Ausarbeitung befindlichen Richtlinien;
* die **Stellungnahme der Luxemburger Seite,** durch Vertreter:innen in europäischen Gremien.

Dabei besteht auch ein Interesse daran, das Abstimmungsverhalten der unterschiedlichen EU-Parlamentarier:innen in Dossiers werten zu können. Dies ist auf den offiziellen Seiten des EU-Parlamentes für den Laien recht kompliziert.
Einerseits liegt die Darlegung des Abstimmungsverhaltens von EU-Parlamentariern nicht primär in der Verantwortung der Regierung, andererseits gibt es doch sachliche Argumente, die dafürsprechen, diese Abstimmungen verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen und somit auch das Interesse an EU-Themen zu erhöhen. Deshalb sollte die Regierung sich in der Rolle sehen, eine praktikable Lösung mit in die Wege zu leiten.

Auch sollten **europäische Förderprogramme** in den verschiedensten Bereichen offensiver nach außen getragen werden, besonders im Hinblick auf einen stärkeren Austausch auch mit der Zivilgesellschaft sowie u.a. zur Förderung der grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gemeinden.

04

EU DEMOKRATISCHER GESTALTEN

Parallel zur Stärkung demokratischer Prozesse in Luxemburg selbst, muss aber auch die EU als solche weitaus demokratischer gestaltet werden. Z.B. in dem das europöäische Transparenzregister optimiert wird, das Konzept der Bürger:innenbegehren optimiert wird; Entscheidungsprozesse offener und transparenter dargelegt werden u.a.m.

05

DEN NICHT-REGIERUNGSORGANISATIONEN EINE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR EU-ARBEIT ZUGESTEHEN!

Um die EU-Politik in Luxemburg stärker in die (gesellschafts-) politische Aktualität einzubringen, bedarf es auch der **direkten Mitarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen**. Nur so kann es gelingen:

> die politische Debatte zu aktuellen EU-Themen zu verstärken;

> die Bewusstseinsbildung und Entscheidungsfindung durch Sensibilisierung der Bürger:innen demokratischer, sozialer und ökologischer zu gestalten;

> Themen auf der EU-Agenda nach vorne zu bringen, die derzeit vernachlässigt werden;

> dem (realen oder subjektiven) Empfinden entgegen zu wirken, dass Entscheidungen zu sehr von „oben herab" getroffen bzw. im aktuellen Ausmaß von (wirtschaftlichen) Lobbygruppen beeinflusst werden.

Es sollte deshalb u.a. im Nachhaltigkeitsbereich eine Konvention zwischen Staat und Nichtregierungsorganisationen verwirklicht werden, die letztere befähigt, aktiver und professioneller an europäischen Themen zu arbeiten. Mit den derzeitigen Ressourcen ist dies nicht in der notwendigen Form machbar: EU-Arbeit erfordert eine weitgehende Professionalisierung.